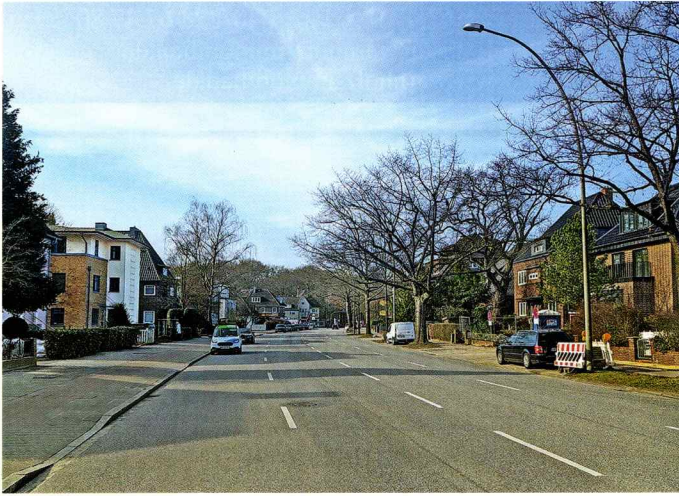


## Umbau und Verengung der Rodigallee

Bürgerinitiative ergriff Rechtsmittel



Die Rodigallee – kein Ende der Auseinandersetzung um den geplanten Umbau in Sicht.

Es war zu erwarten, dass der Streit um den Umbau der Rodigallee noch lange nicht vorbei ist. Zu viele Widerstände und Argumente seitens der Anwohner, Pendler und der Gewerbetreibenden verhallten ungehört. Ein Beteiligungsverfahren oder eine Bürgerbefragung, wie sie beim Umbau des Berner Heerweges stattgefunden hat, kam für die zuständigen Behörden ebenfalls nicht in Betracht, man weiß es ja schließlich besser und womöglich haben die Bürger sogar eine andere Meinung als die Stadt- und Bezirksplaner bei diesem Projekt.

Die Initiative »Rettet die Rodigallee« vollzog nun den für sie logischen nächsten Schritt und ergriff Rechtsmittel, wie es im schönen Juristendeutsch heißt, wenn man vor Gericht zieht. Die Kanzlei Klemm & Partner aus Hamburg hat am 30.03.2023 im Auftrag der Bürgerinitiative eine umfangreiche Einwendung beim Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG) eingereicht. Darin wird der LSBG aufgefordert, die nicht-förmliche Straßenplanung ergebnislos abzubrechen und auf eine Umgestaltung der Rodigallee zum jetzigen Zeitpunkt zu verzichten. Für eine grundlegende Umgestaltung mit politischer Zielsetzung ist ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen.

Nach Auffassung der Kanzlei ist die jetzige Planung materiell rechtswidrig und wird im falschen Verfahren vorangetrieben. Nach Vorstellung der LSBG bzw. der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende soll eine Reduzierung der Fahrstreifen für den motorisierten Individualverkehr

(MIV) von zwei auf einen Fahrstreifen je Richtung durchgesetzt werden.

Mehr als 6.500 Unterstützer haben sich in einer »open-Petition«, einer freien Plattform für Unterschriftenaktionen, Initiativen und Entscheide ([www.openpetition.de](http://www.openpetition.de)), inzwischen gegen den Umbau ausgesprochen. „Klimaschutz und Co2-Reduzierung sind wichtig. Die Menschen müssen aber mitgenommen werden. Die Hamburger Verkehrspolitik der SPD und insbesondere der Grünen ist leider einseitig und ideologisch. Die SPD will sich gegen ihren Koalitionspartner anscheinend gegenwärtig nicht durchsetzen“, so Frank Hiemer, Sprecher der Bürgerinitiative. „Wir bemühen uns seit bald einem Jahr um die Zurückstellung des Projekts und die Durchführung eines öffentlichen Beteiligungsverfahrens. Auch die Belange der Wirtschaft müssen auf dieser wichtigen Verbindungsstraße beachtet werden.“ Alles in Allem nachvollziehbare Argumente, die nun auf juristischem Weg erhört werden sollen. Es bleibt abzuwarten, wie seitens des LSBG reagiert wird. Ein Ende des Streits um das geplante Projekt ist vorläufig nicht in Sicht.

*Winfried Mangelsdorff*